

# Steuerzahler fordern Radikalkur

„Verwaltungsreform muss sich lohnen“

**Kiel – Der Bund der Steuerzahler hat den Regierungsplänen für eine Verwaltungsstrukturreform eine Abfuhr erteilt. Die geplanten Verwaltungsregionen würden die Probleme nicht lösen. Stattdessen fordert die Organisation eine Radikalkur. Demnach sollen künftig nur noch sechs Kreise notwendig.**

Von Bodo Stade

Der Termin steht bereits fest: Am 25. April will das schwarz-rote Kabinett über den Zuschnitt der vier bis fünf geplanten kommunalen Verwaltungsregionen beschließen. Hartmut Borchert, Präsident des Steuerzahlerbundes, sieht die Landesregierung mit ihrem Vorhaben allerdings auf dem Holzweg. Denn die zentralen Probleme bei der Verantwortung und der Finanzierung der Kreisaufgaben werden seiner Ansicht nach dadurch nicht gelöst.

Als langjähriger Geschäftsführer des schleswig-holsteinischen Gemeindetages kennt Borchert das Dilemma genau. Grundsätzlich gelte zwar, dass die Kreise für zusätzliche Aufgaben auch zusätzliche Mittel vom Land erhalten. Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich höhlen dieses Prinzip aber immer weiter aus. Bereits jetzt würden die Kreise zu zwei Dritteln über die Kreisumlage und damit von den Gemeinden finan-

Abfallwirtschaft, den öffentlichen Nahverkehr, die Krankenhäuser oder die Kultur- und Wirtschaftsförderung.

Die so genannten Weisungsaufgaben, die derzeit noch bei den Kreisen liegen, sollten dagegen wieder vom Land wahrgenommen werden. In vier bis fünf Landesverwaltungscentren könnten dann neben der Schul- und Kommunalaufsicht auch Veterinärwesen, Gewerbeaufsicht, Wasserbehörde und Lebensmittelüberwachung konzentriert werden. Der Vorteil: Jede Ebene wäre dann für ihre Angelegenheiten auch finanziell verantwortlich. „Das Land müsste sich dann nach der Decke strecken und könnte sich nicht mehr darauf verlassen, dass am Ende die Gemeinden über die Kreisumlage dafür geradestehen.“

Der Knackpunkt: Anders als bisher geplant würde die Kreisebene nicht noch mehr Aufgaben erhalten, sondern sogar wieder welche abgeben. Die Folge wäre ein völlig neues Machtgefüge, denn: Für die verbleibenden Aufgaben würden sechs bis sieben Kreise sowie die beiden kreisfreien Städte Kiel und Lübeck reichen, sagte Borchert. „Wir müssen uns von den traditionellen Grenzen trennen.“ Ausschlaggebend sei dabei aber nur, „dass finanziell etwas herauskommt“. Laut Steuerzahlerbund liegen die Verwaltungskosten der Kreise derzeit bei 338 Millionen Euro. Zehn Prozent davon müssten schon eingespart werden, wenn eine Reform Sinn machen sollte, fordert Borchert.

Und wie stehen die Chancen, den Vorschlag umzusetzen? Der Landesregierung fehle für eine solche Reform wohl der Mut. Die Landräte würden Macht einbüßen. Den größten Widerstand vermutet Borchert aber bei den Parteien. „Dort sind die Pfründe, die verteidigt werden. Dort würden viele Kurfürsten wegfallen.“ In den Kreistagen, die ihre Aufgaben in eigener Kompetenz regeln dürfen, rechnet Borchert dagegen sogar mit Sympathie. „Das ehrenamtliche Engagement beschränkt sich doch inzwischen mehr und mehr darauf, nur noch das abzunicken, was vom Land beschlossen wird. Jeder kleine Bürgermeister hat mehr zu entscheiden.“

ziert. „Ein Missverhältnis.“ Der Bund der Steuerzahler hat deshalb einen anderen Ansatz gewählt. „Wer eine Aufgabe bestimmt, muss sie auch bezahlen“, sagt Borchert. Die Kreise sollten deshalb in Zukunft nur noch für die reinen Selbstverwaltungsaufgaben zuständig sein, also zum Beispiel für die



Vermisst den Mut für eine radikale Reform: Hartmut Borchert Foto pae

KN, 8.4.06